

N I E D E R S C H R I F T

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach vom 24.06.2015 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Bürgermeister Frank Helmenstein

Mitglieder

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordnete Ute Fritz-Schäfer

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Stadtverordneter Björn Rose

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordneter Hans-Friedrich Schmalenbach

Stadtverordneter Jan Simons

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Matthias Thul

Stadtverordneter Joachim Tump

2. stv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Stadtverordneter Axel Blüm

Stadtverordneter Stefan Brauweiler

Stadtverordneter Michael Franken

Stadtverordnete Jessica Gogos

Stadtverordneter Jürgen Gogos

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Sven Lichtmann

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stadtverordneter Bajrus Saliu
Stadtverordneter Uwe Schieder
Stadtverordneter Torsten Stommel
Stadtverordneter Christian Weiss
Stadtverordnete Silvia Weiss
Stadtverordneter Johannes Diehl
Stadtverordnete Elke Wilke
Stadtverordneter Konrad Gerards
Stadtverordnete Sabine Grützmacher
Stadtverordnete Gabriele Müller
Stadtverordneter Reinhard Birker
Stadtverordneter Gerhard Nottenkämper
Stadtverordnete Astrid Schumann

Verwaltung

Erster Beigeordneter Dipl.-Ing. Ulrich Stücker
Beig. Raoul Halding-Hoppenheit
LtdStVwD. Ulrich Reichelt-Münster
StAR. Bernhard Ellerhorst
Schriftführer StA. Jörg Robach

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick
Stadtverordneter Karl-Heinz Richter
Stadtverordneter Helmut Schillingmann
Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha

Verwaltung

StVR. Bernhard Starke

Die Niederschrift führt: Jörg Robach

Sitzungsbeginn 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:49 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Schenkung des Gemäldes "Baumhof" von Henriette Jügel an die Stadt Gummersbach durch Edward A. Elmendorf und seine Familie
- TOP 2 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 3 Anträge
- TOP 3.1 Freier WLAN-Zugang für Gummersbach
Vorlage: 02644/2015
- TOP 3.2 Bürgerdialog zur Flüchtlingsunterbringung in Gummersbach
Vorlage: 02645/2015
- TOP 3.3 Resolution zur Verbesserung der Finanzierungssituation bei der Flüchtlingshilfe
Vorlage: 02654/2015
- TOP 3.4 Einsatz einer zusätzlichen hauptamtlichen Koordinationskraft im Bereich der Flüchtlingshilfe
Vorlage: 02661/2015
- TOP 4 Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 02576/2015
- TOP 5 Personalangelegenheiten
Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten
Vorlage: 02657/2015
- TOP 6 III. Nachtragssatzung zur Sondernutzungssatzung
Vorlage: 02590/2015
- TOP 7 Bebauungsplan Nr. 283 "Dieringhausen - Nord" und Aufhebung der Bebauungspläne 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" in diesem Geltungsbereich
Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: 02623/2015
- TOP 8 Teilaufhebung des Bebauungsplans 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" im Bereich Becke
Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: 02650/2015
- TOP 9 Bebauungsplan Nr. 287 "Brückenstraße - Auf der Platte"(beschleunigtes Verfahren)
Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: 02651/2015
- TOP 10 Bebauungsplan Nr. 293 "Karlstraße - Seniorenwohnheim" (beschleunigtes Verfahren)
Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: 02652/2015

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

- TOP 11 113. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück - Süd, Schulerweiterung), Beschluss über die Stellungnahmen und Planbeschluss
Vorlage: 02653/2015
- TOP 12 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2014 der Stadtwerke - Bereich Wasser, Wärme, Bäder und Parken - und Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 02580/2015
- TOP 13 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2014 für das Abwasserwerk und die Verwendung des Jahresüberschusses
Vorlage: 02581/2015
- TOP 14 Vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2014
Vorlage: 02659/2015
- TOP 15 Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)"
Vorlage: 02595/2015
- TOP 16 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)
Vorlage: 02658/2015
- TOP 17 Anschluss der Stadt Gummersbach an die Resolution des Oberbergischen Kreises zum kommunalen Finanzausgleich in NRW
Vorlage: 02660/2015
- TOP 18 Entlastung des Betriebsausschusses für die Stadtwerke - Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken und das Abwasserwerk
Vorlage: 02602/2015
- TOP 19 Mitteilungen - Bewilligung von Fördermitteln

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 20 Widerruf der Bestellung einer Rechnungsprüferin / eines Rechnungsprüfers gemäß § 41 Absatz 1 Buchstabe q GO NRW
Vorlage: 02637/2015
- TOP 21 Beteiligung an der AggerEnergie GmbH
hier: Optionsvereinbarung zur Beteiligung der Gemeinden Reichshof und Morsbach am Stammkapital
Vorlage: 02648/2015
- TOP 22 Beteiligung an der AggerEnergie GmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: 02649/2015
- TOP 23 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Schenkung des Gemäldes "Baumhof" von Henriette Jügel an die Stadt Gummersbach durch Edward A. Elmendorf und seine Familie

Nach einigen begrüßenden und dankenden Worten durch BM. Frank Helmenstein schildert Edward A. Elmendorf die Verbundenheit seiner Familie mit Gummersbach und die Beweggründe für die heutige Schenkung. Er überreicht nach der Enthüllung des Gemäldes als symbolisches Zeichen für die Übereignung den Schlüssel zur Vitrine an BM. Frank Helmenstein.

Als Anerkennung bittet BM. Frank Helmenstein die Familie Elmendorf um eine Eintragung im goldenen Buch der Stadt Gummersbach.

TOP 2

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 3

Anträge

TOP 3.1

**Freier WLAN-Zugang für Gummersbach
Vorlage: 02644/2015**

Stv. Diehl stellt für die FDP-Stadtratsfraktion folgenden Antrag und begründet ihn:

Freier WLAN-Zugang für Gummersbach

Der Rat möge die Verwaltung beauftragen, die Voraussetzungen für die Einrichtung eines offenen und freien WLAN-Zuganges und dazu gehörende Hotspots in der Gummersbacher Innenstadt zu schaffen.

Dabei soll geprüft werden, in welcher Form sich Gewerbetreibende und Bürger beteiligen können. Die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu klären.

Der Rat möge die Einrichtung einer Arbeitsgruppe empfehlen. Verwaltung und Politik sollen gemeinsam mit dem ortsansässigen Handel und Bürgern ein Konzept erarbeiten.

Begründung:

Ein öffentliches Netz, welches den Bürgern und Besuchern der Innenstadt zur Verfügung steht, bietet nicht nur einen Standortvorteil für das Zentrum von Gummersbach, sondern auch weitere Möglichkeiten, alles „Lokale“ intelligent zu vernetzen.

Immer mehr Städte und Gemeinden bieten Ihren Anwohnern und Gästen einen kostenfreien drahtlosen Zugang zum Internet an. Davon profitiert neben dem Handel vor Ort auch der Tourismus.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Ebenso könnte ein öffentliches Netz sowohl den Studierenden Vorteile bieten als auch den Bürgern, die über keine ausreichende mobile Datennutzung verfügen.

Es gibt verschiedene Konzepte, die von der Arbeitsgruppe zu prüfen sein werden. Die FDP-Fraktion möchte das Projekt lösungsorientiert angehen.

BM. Frank Helmenstein berichtet, dass die Stadtverwaltung bereits vor zwei Jahren für ein solches Projekt geworben hat, allerdings auf ein sehr zurückhaltendes Interesse an einer Mitarbeit gestoßen ist. Als umso erfreulicher bewertet er die nun vorhandene Bereitschaft namentlich bei der Innenstadtgemeinschaft und wird insofern das Gelingen dieses Projektes als Nachweis einer produktiven Zusammenarbeit von Stadt und Innenstadtgemeinschaft betrachten.

Da für ein derart technisiertes Projekt eine hohe technische Kompetenz unabdingbar für eine erfolgreiche Umsetzung ist, sieht er eine Arbeitsgruppe, die nicht aus ausgewiesenen Fachleuten besteht, als nicht sinnvoll an, zumal der angesprochene Personenkreis mit genügend Projekten mit höherer Priorität befasst ist.

Insofern bittet er um einen Auftrag an die Verwaltung zur erneuten Befassung mit dem Thema in Form eines Prüfungsauftrages in Zusammenarbeit mit der Innenstadtgemeinschaft, über dessen Ergebnis mit einem Zeitrahmen z.B. bis Anfang 2016 dem Hauptausschuss berichtet werden sollte.

Nachdem Stv. Lichtmann das Projekt grundsätzlich begrüßt hat, erklärt er ebenso wie Stv. Jansen für die CDU-Stadtratsfraktion, dass sich die SPD-Stadtratsfraktion dem Vorschlag der Verwaltung anschließt.

Stv. Jansen ergänzt die Bitte um Zwischenberichte im Hauptausschuss und bestätigt auf Nachfrage von BM. Frank Helmenstein, dass diese Bitte als Verweisungsantrag in den Hauptausschuss aufgefasst werden soll.

Über diesen Verweisungsantrag wurde wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis:

Ja 37 Enthaltung 4

Der Tagesordnungspunkt wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss verwiesen.

Auszug: 1.1 / 1.2

TOP 3.2**Bürgerdialog zur Flüchtlingsunterbringung in Gummersbach****Vorlage: 02645/2015**

Stv. Diehl stellt für die FDP-Stadtratsfraktion folgenden Antrag und begründet ihn:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Bürgerdialog zur Flüchtlingsunterbringung in Gummersbach

Die Verwaltung der Stadt Gummersbach wird gebeten, ein geeignetes Forum zu schaffen, auf dem die Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung in unserer Stadt informiert werden. Gleichzeitig können Angebote aufgezeigt werden, wie sie sich selbst unterstützend einbringen können.

Begründung:

Wie viele andere Kommunen hat auch Gummersbach einen starken Anstieg der Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend noch weiter anhält.

Daher halten wir es für dringend erforderlich, einen intensiven Kommunikationsprozess zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik, Sozialverbänden, Kirchen und Bürgern anzustoßen. Ressentiments soll vorgebeugt werden, um Raum für die Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement wie der Betreuung und Integration von Flüchtlingen zu schaffen.

Vorstehender Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 36

Auszug: 10

TOP 3.3

Resolution zur Verbesserung der Finanzierungssituation bei der Flüchtlingshilfe Vorlage: 02654/2015

Stv. Wilke trägt folgenden Antrag für die FDP-Stadtratsfraktion vor und begründet ihn:

Der Rat der Stadt Gummersbach möge folgende Resolution verabschieden:

1. Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und asylbegehrenden Zuwanderer in voller Höhe an die Kommunen zu erstatten.
2. Der Landrat und der Oberbergische Kreistag werden aufgefordert, die Resolution zu unterstützen und sich ebenfalls für die Kostenübernahme durch das Land einzusetzen.
3. Der Städte- und Gemeindebund als Interessenvertretung der Kommunen wird ebenfalls aufgefordert, seinen Einfluss bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen.

Begründung:

Das Land Nordrhein-Westfalen belegt unter allen Bundesländern auch bei der Kostenübernahme der Aufwendungen der Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen nur den letzten Platz. Nicht nur reiche Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg, sondern auch die neuen Bundesländer übernehmen die anfallenden Kosten der Flüchtlingsaufnahme bis zur vollen Höhe. Das Land NRW übernimmt diese Kosten nicht einmal zu 50 %. Da sich aber gerade in NRW zahlreiche Kommunen im Stärkungspakt oder im Nothaushalt befinden, treffen diese Kosten die Kommunen und ihre Bürger doppelt hart. Es kann kein Zeichen der Willkommenskultur sein, wenn auch oberbergische Bürgermeister die Kosten der Flüchtlingsaufnahme mit der Erhöhung der Grundsteuer B in einen sachlichen Zusammenhang bringen. Der Bundestag entlastet die

Länder in erheblicher Weise; das Land NRW gibt diese Entlastungen aber nur zögerlich und unvollständig an seine Kommunen weiter.

Vorstehender Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 35 Enthaltung 1

Auszug: 10

TOP 3.4

Einsatz einer zusätzlichen hauptamtlichen Koordinationskraft im Bereich der Flüchtlingshilfe

Vorlage: 02661/2015

Stv. Gogos stellt für die SPD-Stadtratsfraktion folgenden Antrag und begründet ihn:

Der Rat der Stadt Gummersbach möge beschließen:

Es wird eine zusätzliche hauptamtliche Koordinationskraft im Bereich der Flüchtlingshilfe eingesetzt.

Begründung:

Die Zahl der Menschen aus Krisengebieten, die bei uns Schutz suchen, steigt ständig. Diese Familien, Kinder oder Einzelpersonen haben kaum vorstellbare Schicksale erlitten und kommen oftmals mit großer Angst und einem Gefühl der Ungewissheit bei uns an.

Der Einsatz der Stadtverwaltung, um die Flüchtlinge würdevoll bei uns zu begrüßen, ist enorm. Das von der Verwaltung verfolgte Konzept der dezentralen Unterbringung der Flüchtlinge im Stadtgebiet begrüßen wir ausdrücklich.

Mittlerweile gibt es auch ein breites ehrenamtliches Engagement aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Privatpersonen. Die Arbeit des neuen Flüchtlingsrates, an dem sich auch die SPD beteiligt, ist erfolgreich angelaufen.

Nun ist schon mehrfach von der Verwaltung die Prognose gestellt worden, dass sich die Anzahl der Schutzsuchenden bis zum Jahresende verdoppeln wird. Schon jetzt stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „mit dem Rücken zur Wand“ und sind gezwungen, sich mehr und mehr auf Pflichtaufgaben zurückzuziehen.

Die SPD-Fraktion hält es aus diesem Grund für unumgänglich, dass es eine Schnittstelle gibt, die neben der Unterstützung bei der Bewältigung des außerordentlichen Aufwands von Pflichtaufgaben auch das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen mit den Hilfesuchenden synchronisiert und wo die Fäden dieser wichtigen Arbeit zusammenlaufen.

Diese Aufgabe kann aus Sicht der SPD-Fraktion nur die Stadt erfüllen. Wir beantragen deshalb eine zusätzliche hauptamtliche Fachkraft. Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Forderung, dass diese zusätzlichen finanziellen Belastungen des städtischen Etats von den Vorgaben des Stärkungspaktes ausgenommen werden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Nachdem BM. Frank Helmenstein und Beig. Halding-Hoppenheit ihrer Verwunderung Ausdruck verliehen haben, dass Bedarf von außen angemeldet wird, ohne dass von innen entsprechende Wünsche reklamiert wurden, berichtet Beig. Halding-Hoppenheit, dass derzeit eine Personalbedarfsanalyse im betroffenen Ressort stattfindet, über deren Ergebnis die Politik unterrichtet wird.

Stv. Jansen beantragt die Verweisung des Antrages in den Hauptausschuss. Dem folgt der Rat einstimmig.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss verwiesen.

Auszug: 2 / 10.4

TOP 4
Umsetzung von Ausschüssen
Vorlage: 02576/2015

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umsetzung:

Kulturausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
Stv. Astrid Schumann (bisher AM. Gülistan Kaymak)	Stv. Gerhard Nottenkämper (unverändert)
	Stv. Reinhard Birker (bisher Stv. Astrid Schumann)

Bau-, Planungs- und Umweltausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
Stv. Reinhard Birker (bisher AM. Manfred Pawlowski)	AM. Knut Schumann (unverändert)
	AM. Manfred Pawlowski (bisher Stv. Reinhard Birker)

Jugendhilfeausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
Stv. Astrid Schumann (unverändert)	AM. Jennifer Kunze (bisher AM. Gülistan Kaymak)
	Stv. Gerhard Nottenkämper (unverändert)

AG Städtepartnerschaft

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
AM. Knut Schumann (bisher AM. Gülistan Kaymak)	Stv. Reinhard Birker (unverändert)

Auszug: 2.1 / 5 / 10 / 13

TOP 5**Personalangelegenheiten****Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten****Vorlage: 02657/2015**

BM. Frank Helmenstein betont, dass es sich um einen Vorratsbeschluss handelt, welcher nicht vor der Annahme einer erfolgreichen Wahl durch Herrn Ersten Beig. Stücker umgesetzt werden wird. Dieser Vorratsbeschluss soll durch die dann mögliche schnelle Reaktion die Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin zum 28. Oktober 2015 möglich machen.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Ausschreibung der Stelle eines Beigeordneten entsprechend dem der Originalniederschrift als Anlage 9 beigefügten Textvorschlag.

Auszug: 2

TOP 6**III. Nachtragssatzung zur Sondernutzungssatzung****Vorlage: 02590/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die III. Nachtragssatzung zur Satzung über Erlaubnis und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Gummersbach vom 16.02.1999 (Sondernutzungssatzung) in der der Originalniederschrift als Anlage 10 beigefügten Fassung.

Auszug: 2.2 / 3

TOP 7**Bebauungsplan Nr. 283 "Dieringhausen - Nord" und Aufhebung der Bauungspläne 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" in diesem Geltungsbereich****Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss****Vorlage: 02623/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei Stimmenthaltung/en).
Abstimmungsergebnis:

Ja 40 Enthaltung 1

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1b, 2b, 3a, 4a und 5a der der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 283 „Dieringhausen – Nord“ und die Aufhebung der Bebauungspläne 1 und 1a „Art und Maß der baulichen Nutzung“ werden gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 24.06.2015 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 8**Teilaufhebung des Bebauungsplans 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" im Bereich Becke****Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss****Vorlage: 02650/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1a, 2a und 3b der der Originalniederschrift als Anlage 5 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Die Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 1 und 1a „Art und Maß der baulichen Nutzung“ wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 24.06.2015 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 9**Bebauungsplan Nr. 287 "Brückenstraße - Auf der Platte" (beschleunigtes Verfahren)****Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss****Vorlage: 02651/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in der Anlage 1a der der Originalniederschrift als Anlage 6 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahme.
2. Der Bebauungsplan Nr. 287 „Gummersbach – Brückenstraße – Auf der Platte“ wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 24.06.2015 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 10

Bebauungsplan Nr. 293 "Karlstraße - Seniorenwohnheim" (beschleunigtes Verfahren)

Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Vorlage: 02652/2015

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in der Anlage 1a der der Originalniederschrift als Anlage 7 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahme.
2. Der Bebauungsplan Nr. 293 „Karlstraße - Seniorenwohnheim“ wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 24.06.2015 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 11

113. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück - Süd, Schulerweiterung), Beschluss über die Stellungnahmen und Planbeschluss

Vorlage: 02653/2015

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 36 Nein 3 Enthaltung 2

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1b, 2e, 3d und 4a der der Originalniederschrift als Anlage 8 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Der Rat der Stadt beschließt die 113. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück – Süd, Schulerweiterung) gem. § 2 i.V. mit § 6 BauGB. Der 113. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück – Süd, Schulerweiterung) wird die Begründung vom 24.06.2015 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 12

Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2014 der Stadtwerke - Bereich Wasser, Wärme, Bäder und Parken - und Behandlung des Jahresergebnisses

Vorlage: 02580/2015

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 38 Nein 3

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

1. Den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, sowie dem Lagebericht der Stadtwerke Gummersbach.
2. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresüberschuss von EUR 166.813,92 aus. Der Überschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Auszug: 4 / 12

TOP 13**Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2014 für das Abwasserwerk und die Verwendung des Jahresüberschusses****Vorlage: 02581/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 38 Nein 3

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt:

1. Den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, sowie dem Lagebericht für das Abwasserwerk.
2. Die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von EUR 2.121.093,00 an den Haushalt der Stadt Gummersbach abzuführen.

Auszug: 4 / 12

TOP 14**Vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2014****Vorlage: 02659/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach verweist den Jahresabschluss 2014 zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Auszug: 1.5 / 4

TOP 15**Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)"****Vorlage: 02595/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach stimmt der Auflösung der "Klinik Dienste Waldbröl GmbH (KDW)" als Tochtergesellschaft der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH zu.

Auszug: 4

TOP 16

**Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)
Vorlage: 02658/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK gemäß der Anlage 1 zur Originalniederschrift zu.

Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern.

Auszug: 4

TOP 17

**Anschluss der Stadt Gummersbach an die Resolution des Oberbergischen Kreises
zum kommunalen Finanzausgleich in NRW
Vorlage: 02660/2015**

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 21 Nein 15

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach schließt sich der Resolution des Kreistages vom 01.06.2015 zum kommunalen Finanzausgleich an.

Auszug: 4

TOP 18

**Entlastung des Betriebsausschusses für die Stadtwerke - Bereich Wasser,
Wärme, Bäder, Parken und das Abwasserwerk
Vorlage: 02602/2015**

Die Stadtverordneten Gerards, Jansen, Kranenberg, Nottenkämper, Oettershagen, Rose, Schieder und Stommel sowie der stellvertretende Bürgermeister Marquardt wirken zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mit und begeben sich in den Zuhörerbereich.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, den Betriebsausschuss für das Geschäftsjahr 2014 zu entlasten.

Auszug: 12

TOP 19

Mitteilungen - Bewilligung von Fördermitteln

Erster Beig. Stücker berichtet über Fördermittelzusagen für das Jahr 2015 in Höhe von 1,75 Mio. € unter anderem für die Gestaltung der Freiräume auf dem Ackermann Gelände, die Gestaltung von Schulhöfen und für das Citymanagement.

[...]

gez.
Frank Helmenstein
Bürgermeister

gez.
Jörg Robach
Schriftführung